

## „...und keineswegs als ‚Mitläufer‘.“ Die politischen Anfänge von Johannes Dieckmann in der Deutschen Volkspartei 1918-1933

Der langjährige Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, im Sommer 1945 Mitbegründer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in Dresden und bald einer ihrer führenden Vertreter, gehörte zu den ganz wenigen Politikern in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, die vor 1933 Funktionsträger in der Deutschen Volkspartei (DVP) waren.<sup>1</sup> Kritikern, die ihn aufgrund seiner nationalliberalen Vergangenheit in der Weimarer Republik „als eine politische Belastung“ ansahen,<sup>2</sup> begegnete er mit dem Hinweis:

„Ich bin, was ich nie zu verleugnen Anlass gehabt habe [...] bei der DVP gewesen – und keineswegs als ‚Mitläufer‘. Ein Mitläufertum hat mir überhaupt niemals gelegen; es würde meiner natürlichen Anlage widersprechen. Wenn man [...] Politiker ‚aus Leidenschaft‘ ist, dann kann man nicht irgendwo ‚mitlaufen‘. Ich bin also auch in der DVP nicht ‚mitgelaufen‘, sondern habe die Dinge, um die es damals ging, mit zu gestalten gesucht.“<sup>3</sup>

In der DDR-Historiographie – auch in der parteioffiziellen Geschichtsschreibung der LDPD – wurde zwar erwähnt, dass Dieckmann am Ende des Zweiten Weltkriegs bereits „ein bewegtes politisches Leben hinter sich“ hatte,<sup>4</sup> es wurde aber nicht erforscht.<sup>5</sup> Die Deutsche Volkspartei galt als „offen reaktio-

- 1 So waren etwa 1948 nach einer Aufstellung aller 130 sächsischen LDP(D)-Vorstandsmitglieder der Landes-, Bezirks- und Kreisebene über ihre Parteizugehörigkeit vor 1933 lediglich elf in der DVP aktiv gewesen. „Aufstellung des gesamten Vorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen“ [1948]. Privatarhiv Friedrich Dieckmann, Berlin, Nachlass (NL) Johannes Dieckmann.
- 2 Johannes Dieckmann an Walther Schieck, 5.7.1945. Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), Bestand Johannes Dieckmann, LN 4-82, Bl. 11.
- 3 Johannes Dieckmann an Hermann Kastner, 21.11.1946. Bundesarchiv (BArch), Nachlass Johannes Dieckmann, N 2500/126, Bl. 27.
- 4 Rudolf Agsten: Johannes Dieckmann. In: Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Hrsg.): Wegbereiter unserer Partei. Berlin 1986, S. 30-39, hier S. 30.
- 5 Auch zwei vom LDPD-Zentralvorstand in den Jahren 1973 und 1983 veranstaltete wissenschaftliche Kolloquien zur Biographie Dieckmanns beschäftigten sich nicht mit seiner politischen Arbeit in der DVP.

näre Partei“<sup>6</sup>, die für eine „Konsolidierung der Herrschaft des Monopolkapitals“ eintrat und „durch ihre konterrevolutionäre Politik“ zwischen 1918 und 1933 „die Errichtung der faschistischen Diktatur [...] mit vorbereitet“ hat, wenn diese letztlich auch „ohne ihre direkte Beteiligung“ erfolgte.<sup>7</sup> Rudolf Agsten, der langjährige Fraktionsvorsitzende der Liberaldemokraten in der Volkskammer, konstatierte:

„Die Deutsche Volkspartei war eine zutiefst antikommunistische und antisowjetische Partei. Das prägte den bürgerlichen Politiker Johannes Dieckmann bis 1933. Seine persönliche Abneigung gegenüber der faschistischen Radau-Politik im Sächsischen Landtag und in öffentlichen Versammlungen änderte daran nichts.“<sup>8</sup>

Die Beschäftigung mit der Deutschen Volkspartei und ihrem Gründungsvorsitzenden Gustav Stresemann – so Friedrich Dieckmann – „war zu DDR-Zeiten ein heißes Eisen.“<sup>9</sup> Daher soll im Folgenden – trotz ungünstiger Quellenlage<sup>10</sup> – auf die Tätigkeit Johannes Dieckmanns in der ‚Stresemann-Partei‘ näher eingegangen und somit dieser Aspekt der Biographie des fast zwei Jahrzehnte lang amtierenden Parlamentspräsidenten der DDR näher beleuchtet werden.<sup>11</sup>

- 6 Neues Deutschland, Nr. 45, 22.2.1947, S. 3.
- 7 Wolfgang Ruge: Deutsche Volkspartei (DVP) 1918-1933. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke, Bd. 2. Leipzig 1984, S. 413-446, hier S. 437.
- 8 Rudolf Agsten: Johannes Dieckmann – sein Verhältnis zur Arbeiterklasse und sein Beitrag zur Bündnispolitik. Referat vom 17.1.1983 anlässlich des 90. Geburtstages von Johannes Dieckmann. BArch, Bestand Kulturbund, DY 27/690, Bl. 87.
- 9 Friedrich Dieckmann an den Verfasser. Brief vom 16.7.2018. An dieser Stelle sei Herrn Dr. Friedrich Dieckmann, dem Sohn von Johannes Dieckmann, für seine Unterstützung gedankt.
- 10 Dieckmanns Privatwohnung und Büro wurden im Februar 1945 ausgebombt. Wenige Wochen später bemerkte er, „meine Familie ist heil aus der Dresdener Unglücksnacht herausgekommen; Heim, Büro und alles Habe sind bei uns allerdings restlos verlorengegangen.“ Johannes Dieckmann an Herrn Direktor Röttges, 24.3.1945. BArch, N 2500/105, Bl. 388. Im Jahre 1965 erklärte er: „Wertvolle persönliche Dokumente aus der Zeit der Weimarer Republik [...] waren in der Nacht des Untergangs Dresdens ein Raub der Flammen geworden.“ Johannes Dieckmann: Vorwort. In: Wolfgang Hoffmann: Bürgertum im Aufbruch. Die Gründung der LDPD in Sachsen. Berlin 1965, S. 5-7, hier S. 5. Die vom Archiv des Liberalismus und vom Bundesarchiv gesicherten Nachlassteile enthalten ebenso lediglich Dokumente ab 1945 wie die noch im Privatarchiv seines Sohnes Friedrich Dieckmann befindlichen Unterlagen.
- 11 Eine politische Biographie Johannes Dieckmanns ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat. Nach 1990 sind bislang lediglich zwei Abhandlungen über ihn erschienen: Jürgen Frölich: Johannes Dieckmann. In: Thorsten Oppeland (Hrsg.): Deutsche Politiker 1949-1969, Bd. 1. Darmstadt 1999, S. 60-71; Erich Zeidler: Justiz und Politik zwischen Dresden und Berlin. Johannes Dieckmann, Justizminister in Sachsen 1948-1952. In: Justiz in Sachsen. Prozesse, Personen, Gebäude. Sächsische Justizgeschichte, Bd. 2. Dresden 1994, S. 96-132.

## I.

Johannes Dieckmann wurde am 19. Januar 1893 in Fischerhude bei Bremen als Sohn des evangelischen Pastors Wilhelm Dieckmann und dessen Frau Catharina Haugaard geboren. Nach seinem Abitur an der Oberrealschule Bremen wollte er zunächst Kaufmann werden und besuchte im April 1913 die Handelshochschule Berlin, wechselte allerdings zum Wintersemester 1913/14 an die Berliner Universität und studierte anschließend dort sowie in Gießen und Göttingen Rechtswissenschaften, Nationalökonomie und Sprachen. Unterbrochen wurde seine Studienzeit durch Einsätze im Ersten Weltkrieg.<sup>12</sup>

Die Begegnung mit Gustav Stresemann, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, im Hause seines Onkels Friedrich Dieckmann in Osnabrück markierte den Beginn seines politischen Engagements, denn er trat auf „Anraten und Veranlassung“<sup>13</sup> des späteren Reichskanzlers und Außenministers der DVP bei. „Was vor dem ersten Weltkrieg in mir damals jungen Menschen [...] noch ein Suchen und ein Hasten war“ – so Dieckmann in der Rückschau –,

„erhielt in meiner politischen Vorstellungswelt in und nach dem Kriege Form und Gestalt. Ich wurde zum bewussten liberalen Demokraten. [...] Mein Weg führte mich zu dem späteren Reichsaußenminister Dr. Stresemann und zu seiner Partei<sup>14</sup> [...], die in dieser wirren Zeit den deutschen Frontsoldaten vor Diffamierungen schützte, deren Namen mich anzog und deren führender Mann [...] mich sehr beeindruckte.“<sup>15</sup>

Den Vertretern des politischen Liberalismus war es während des Systemwechsels am Ende des Ersten Weltkriegs nicht gelungen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts bestehende Parteispaltung zu überwinden. Aller Fusionsbemühungen zwischen Vertretern der Freisinnigen und Nationalliberalen zum Trotz betraten im November und Dezember 1918 mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) wiederum

12 Persönlich verfasster Lebenslauf Johannes Dieckmanns, 3.11.1950. AdL, LN 4-241, Bl. 5 ff.; Marc Zierlewagen: Biographisches Lexikon der Vereine Deutscher Studenten, Bd. 1. Norderstedt 2014, S. 163.

13 Persönlich verfasster Lebenslauf Johannes Dieckmanns, 14.12.1948. BArch, Bestand Ministerrat der DDR, DC 20/7869, Bl. 8.

14 Rede von Johannes Dieckmann auf der erweiterten Tagung des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, 31.7.1964. Ebd., Bestand Nationalrat der Nationalen Front, DY 6/214, o. Bl.

15 Johannes Dieckmann: Aus meinem Leben (verfasst am 27.6.1962). Sonderdruck aus dem Greifen-Almanach 1963, S. 14. Privatarchiv Christoph Stamm, Berlin.

zwei liberale Parteien die politische Bühne der neuen Republik.<sup>16</sup> Die am 15. Dezember 1918 unter Stresemanns Vorsitz gegründete DVP war „eine verstümmelte Wiedergeburt“<sup>17</sup> der alten Nationalliberalen Partei (NLP), sah sich selbst aber fortan – wie Johannes Dieckmann im Jahre 1927 bemerkte – als deren „Erbin“.<sup>18</sup> Dementsprechend basierte ihre programmatische Ausrichtung weitgehend auf den Prinzipien der NLP und war insofern „von vornherein mit Residuen einer monarchistischen und imperialistischen Tradition behaftet.“<sup>19</sup> Die DVP verstand sich als ‚Partei der Mitte‘, die in ihrem Kern bürgerlich und antisozialistisch war, individuelle Freiheit und freies Unternehmertum forderte und für die nationale Einheit eintrat.

Auch Friedrich Dieckmann, der bereits seit 1912 den NLP-Bezirksverband Osnabrück leitete<sup>20</sup> und dem Zentralvorstand der Nationalliberalen angehörte,<sup>21</sup> zählte zu den Gegnern einer Fusion mit der linksliberalen DDP. Die „Aufgabe der Selbständigkeit unserer Partei“ – so teilte er seiner Parteiführung per Telegramm im November 1918 mit –, „werde die meisten Wähler in [ein] anderes Lager treiben, ich warne.“<sup>22</sup> Nach Gründung der DVP behielt Friedrich Dieckmann die Verantwortung für die neue Partei im Bezirk Osnabrück sowie im Wahlkreis Weser-Ems, dessen Spitzenkandidat für die anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung Gustav Stresemann wurde. Sein Neffe Johannes Dieckmann verzichtete auf die Fortsetzung seines Studiums und übernahm für den DVP-Vorsitzenden die Organisation des Wahlkampfes.

Stresemann war nach wie vor Anhänger einer Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie, da er „dem Kaisertum als sozialem *pouvoir neutre* eine gesellschaftliche Ausgleichsfunktion“ zumaß.<sup>23</sup> Gleichwohl er dem Kaiserreich nachtrauerte, nahm Stresemann letztlich „die Republik als Status

16 Ludwig Richter: Von der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei. In: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. München 1999, S. 135-160; Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1962, S. 17 ff.; Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, S. 45 ff.

17 Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 46.

18 Sachsenstimme, Nr. 14, 3.4.1927, S. 5.

19 Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. 5. Aufl. Düsseldorf 1984, S. 78.

20 Niedersächsisches Landesarchiv Osnabrück (NLA OS), Dep 3b XVI, Nr. 71, Bl. 112.

21 Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917. Bearbeitet von Klaus Peter Reiß. Düsseldorf 1967, S. 306.

22 Friedrich Dieckmann an Robert Friedberg, 17.11.1918. BAArch, Bestand Deutsche Volkspartei, R 45-II/301, Bl. 52.

23 Sven K. F. Prietzel: Gustav Stresemanns Liberalismusbegriff. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 25 (2013), S. 201-222, hier S. 216.

quo“<sup>24</sup> hin und war bereit, die „Neuerungen der Demokratie wenigstens (partiell) zu akzeptieren und an sein Weltbild anzupassen.“<sup>25</sup> Johannes Dieckmann bemerkte Anfang 1931, die „Konsolidierung des Reiches, nicht aber die Festigung der Staatsform als solche“ sei „Stresemanns Ziel und Streben“ gewesen.<sup>26</sup> Dieckmanns damalige politische Einstellung dürfte mit der seines politischen Mentors nahezu identisch gewesen sein. Rückblickend erklärte er im Frühjahr 1929, er habe „schwer eine Verbindung mit dem neuen Staat“ gefunden.<sup>27</sup>

Als enger Mitarbeiter des DVP-Vorsitzenden betätigte sich Johannes Dieckmann bereits zu Beginn des Jahres 1919 als Redner auf Wahlkampfveranstaltungen der Volkspartei in Stresemanns Stimmbezirk.<sup>28</sup> Die Härte der politischen Auseinandersetzung, besonders „im ‚Bruderkampf‘ der beiden liberalen Parteien“,<sup>29</sup> bekam Stresemann in seinem Wahlkreis unmittelbar zu spüren. In einer von fast tausend Personen besuchten Kundgebung in Nordhorn kam es am 15. Januar 1919 zu heftigen Ausschreitungen und der wegen seiner annexionistischen Forderungen als ‚Kriegshetzer‘ und ‚Mörder‘ beschimpfte DVP-Vorsitzende wäre beinahe einem Attentat zum Opfer gefallen.<sup>30</sup> Der an der Wahlveranstaltung teilnehmende Johannes Dieckmann schilderte den entstehenden Tumult, nachdem Stresemann in seiner Rede Kaiser Wilhelm II. verteidigt hatte:

„Die Pforten der Hölle schienen aufgesprungen zu sein, die Menschen sich in Irre und Tiere verwandelt zu haben. Hunderte von Bänken, Stühlen und Brettern brachen unter Donnerkrachen zusammen, um sich im Augenblick zu Waffen in den Händen von zu Bestien gewordenen Männern und zu Hyänen gewordenen Wei-

24 Andreas Rödder: Gustav Stresemann und die Perspektive der Anderen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 18-20/2018, 30. April 2018, S. 27-32, hier S. 27.

25 Karl Heinrich Pohl: *Gustav Stresemann. Biographie eines Grenzgängers*. Göttingen 2015, S. 208.

26 Johannes Dieckmann: *Partei und Republik*. In: *Die Reichsgemeinschaft. Blätter der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler*, Nr. 1/2, Januar 1931, S. 3-5, hier S. 4.

27 Pressemitteilung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, 26.5.1929; BAArch, R 45-11/306, Bl. 29.

28 Siehe Abdruck einer Zeitungsanzeige mit Dieckmann als Redner verschiedener DVP-Wahlversammlungen vom 9. bis 11. Januar 1919 bei: Hermann Heddendorp: *Stresemann in Nordhorn*. In: *Jahrbuch des Heimatvereins der Grafschaft Bentheim*, Bd. 65/1969, S. 84-92, hier S. 91. Da in der Anzeige der bei seinem Onkel Friedrich Dieckmann stets aufgeführte akademische Titel („Prof.“) fehlt, ist davon auszugehen, dass es sich bei dem Redner dieser Kundgebungen um Johannes Dieckmann handelte.

29 Wolfgang Stresemann: *Mein Vater Gustav Stresemann*. Frankfurt/Main u.a. 1992, S. 163 f.

30 Heddendorp: *Stresemann in Nordhorn* (wie Anm. 28); Jonathan Wright: *Gustav Stresemann 1878-1929. Weimars größter Staatsmann*. München 2006, S. 136.

bern zu verwandeln. [...] Stresemann, im Saal zu Boden geschlagen und am Knie erheblich verletzt, war wie durch ein Wunder gerettet worden.“<sup>31</sup>

Aus Sicherheitsgründen musste der DVP-Vorsitzende Nordhorn verkleidet auf Schleichwegen verlassen und traf erst im Morgengrauen wieder in Osnabrück ein. Vier Tage später gelang der Deutschen Volkspartei bei den Wahlen mit 4,4 Prozent der Stimmen ein Achtungserfolg. Der in die Nationalversammlung gewählte Stresemann teilte seinem Wahlkreis-Obmann Friedrich Dieckmann mit, dass die DVP aufgrund der organisatorischen und finanziellen Defizite mit dem Ergebnis „zwar relativ zufrieden sein“ könne, „aber doch nicht dasjenige erreicht“ habe, „was man angesichts der Grundsätze unserer Partei erwarten konnte.“<sup>32</sup>

Neben der parlamentarischen Arbeit bestand die Hauptaufgabe für die DVP zunächst darin, die organisatorische Konsolidierung voranzutreiben und an einer Schärfung des programmatischen Profils zu arbeiten. Bereits im Frühjahr 1919 konnte die Reichsgeschäftsstelle vermelden, dass „im Regierungsbezirk Osnabrück [...] Aufbau und Ausbau der Organisation erfreuliche Fortschritte“ gemacht<sup>33</sup> und „die Deutsche Volkspartei hier seit den Wahlen ganz erheblich an Boden gewonnen“ habe.<sup>34</sup> Als Parteisekretär und Geschäftsführer des im Frühjahr gegründeten DVP-Wahlkreisverbandes<sup>35</sup> trug Johannes Dieckmann dafür wie in der Folgezeit die Hauptverantwortung.

Zu seinen Aufgaben als „tüchtige[r] Parteibeamte[r]“<sup>36</sup> zählten administrative Arbeiten, die Rede- und Agitationstätigkeit sowie die politische Schulung. Im Juli 1919 etwa war Dieckmann für die Gesamtleitung eines fünftägigen „Ausbildungs- und Rednerkursus“ verantwortlich, in dem unter anderem die Stellung der Partei zur „Annahme der Friedensbedingungen“ behandelt wurde.<sup>37</sup> Als dann die Forderungen der Entente-Mächte bekannt wur-

31 Johannes Dieckmann: Attentate auf Stresemann. In: Almanach zum Presseball, hrsg. von Heinrich Zerkaulen, Dresden 1930, o. S. Privatarchiv Friedrich Dieckmann, NL Dieckmann.

32 Gustav Stresemann an Friedrich Dieckmann, 3.12.1919. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA-AA), Nachlass Gustav Stresemann/208, Bl. 97.

33 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 74, 1.4.1919.

34 Ebd., Nr. 104, 13.5.1919.

35 Am 25. April 1919 schlossen sich die Bezirksverbände Osnabrück und Aurich sowie der Landesverband Oldenburg zum DVP-Wahlkreisverband des 15. Wahlbezirks Weser-Ems mit Sitz in Osnabrück zusammen. Ebd., Nr. 95, 2.5.1919.

36 Adolf Kempkes: Die Organisation der Deutschen Volkspartei. In: Ders. (Hrsg.): Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei. Berlin 1927, S. 16-24, hier S. 23.

37 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 163, 31.7.1919. Weitere Schulungsthemen waren: „Deutschlands auswärtige Politik von 1871-1914“, „Die Schule und die Kulturprobleme der Gegenwart“, „Die historische Entwicklung des nationalen Gedankens in Deutschland“ sowie „Deutschlands Kriegspolitik von 1914-1918“.

den,<sup>38</sup> teilten nicht nur die Anhänger der Deutschen Volkspartei die Ansicht ihres Vorsitzenden, der im Versailler Vertrag ein „moralisches, politisches und wirtschaftliches Todesurteil“ für das Deutsche Reich erblickte.<sup>39</sup> In Stresemanns Wahlkreis fanden in der Folge zahlreiche Protestkundgebungen statt, auf denen DVP-Generalsekretär Johannes Dieckmann gegen den „brutalen ‚Friedensvertrag‘“ energisch Stellung bezog.<sup>40</sup> „Die Folgen einer Ablehnung“ – so betonte er fünf Jahre später –, hätten „das deutsche Volk weniger schwer getroffen [...], als die der Annahme dieses uns einseitig belastenden fälschlicherweise ‚Vertrag‘ genannten Diktats.“<sup>41</sup>

Stresemann, dessen Vorstellungen nach einiger Skepsis mit der Zeit verstärkt auf eine Regierungsbeteiligung unter Einschluss republikanischer Kräfte abzielte, gelang es, sich gegenüber dem rechten Flügel seiner Partei durchzusetzen, der wiederholt eine Fusion der DVP mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) forderte. Im Reichstagswahlkampf 1920 versuchten DNVP-Landesverbände mit einer gezielten Propaganda, DVP-Mitglieder in den nachgeordneten Parteigliederungen abzuwerben. Auch aus seinem Wahlkreis erhielt Stresemann von Johannes Dieckmann die Meldung, dass die dortigen Deutschnationalen „ihr unverantwortliches Treiben gegen die DVP bedenkenlos und gewissenhaft“ fortsetzten, gleichwohl „die überwältigende Mehrheit unserer Anhänger [...] ihren entschiedenen Willen zum Festhalten an unserer Selbständigkeit“ bekundet hätten.<sup>42</sup>

Im Frühjahr 1920 zeigte sich, dass die DVP nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch in der Frage der Unterstützung der legitimen Reichsregierung eine „laue, zweideutige Haltung“<sup>43</sup> einnahm und „ausgesprochen opportunistisch“ taktierte.<sup>44</sup> Ihre „Neutralitätserklärung“<sup>45</sup> führte in den regionalen Parteigliederungen der DVP zu großer Verwirrung. Einige Verbände schlugen sich offen auf die Seite der Putschisten, andere, wie Wahlkreisobmann Friedrich Dieckmann betonte, „waren entsetzt über die doppeldeutige Erklärung“ der Parteileitung.<sup>46</sup> In einer von Johannes Dieckmann mit verfassten Stel-

38 Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*. München 2018, S. 946 ff.

39 So Stresemann in einem Artikel vom 18.5.1919. Zit. nach: Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 139.

40 *Nationalliberale Correspondenz*, Nr. 119, 2.6.1919.

41 *Sachsenstimme*, Nr. 26, 24.8.1924, S. 1.

42 Johannes Dieckmann an Gustav Stresemann, 6.3.1920. PA-AA, NL Stresemann/217, Bl. 17 f.

43 Albertin: *Liberalismus und Demokratie* (wie Anm. 16), S. 375.

44 Heinrich August Winkler: *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*. München 1993, S. 204.

45 Abdruck der DVP-Erklärung vom 13.3.1920 bei Hartenstein: *Anfänge* (wie Anm. 16), S. 156.

46 Friedrich Dieckmann an Gustav Stresemann, 25.3.1920. PA-AA, NL Stresemann/217, Bl. 143.

lungnahme übte die Leitung des Bezirksverbandes Osnabrück zwar deutliche Kritik an der republikanischen Reichsregierung, unterstrich aber, dass die DVP „eine Partei der gesetzmäßigen Entwicklung“ sei und „auf das verschiedenste jeglichen gewaltsamen Umsturz, von welcher Seite er auch kommen mag“ missbillige.<sup>47</sup> Nachdem reichsweit die fehlende Unterstützung für die Putschisten offenbar wurde, musste die DVP-Führung „gewaltig zurückrudern“<sup>48</sup> und Stresemann vermittelte zwischen der Reichsregierung und dem Kreis um Kapp und Lüttwitz.

Dieses Lavieren schadete der Volkspartei im bevorstehenden Reichstagswahlkampf aber keineswegs, vielmehr hatte sie durch die „wendige[n] Ausgleichsmanöver zwischen den Fronten“ sogar „ihre Wahlchancen verbessert.“<sup>49</sup> Stresemann hatte angekündigt, seine Kandidatur im Wahlkreis Weser-Ems zugunsten einer Aufstellung in einem Berliner Stimmbezirk aufzugeben, um in der Hauptstadt präsenter zu sein, wollte aber keineswegs „die lieben persönlichen Beziehungen“ zu seinen niedersächsischen Parteifreunden „aufgeben.“<sup>50</sup> Dass es zwischen Stresemann und Johannes Dieckmann ein Vertrauensverhältnis gab, wird unter anderem dadurch belegt, dass der Geschäftsführer seines alten Wahlkreises mit ihm gemeinsam in seinem Privathaus den Wahlaufruf für die Reichstagswahl verfasste.<sup>51</sup> Aus dieser Wahl im Juni 1920 ging die DVP als großer Gewinner hervor. Im Wahlkreis Weser-Ems wurde sie mit knapp 20 Prozent der Stimmen sogar stärkste politische Kraft, so dass er fortan zu den Hochburgen der Deutschen Volkspartei zählte.<sup>52</sup> Im Folgejahr wurde der DVP-Landesverein Bremen, der mittlerweile zum Wahlkreisverband Weser-Ems gehörte, mit dessen geschäftsführender Leitung beauftragt. Zum 1. Juni 1921 übergaben Johannes Dieckmann und sein Onkel ihre Parteiämter an die DVP-Verantwortlichen der Hansestadt.<sup>53</sup>

47 Stellungnahme des DVP-Bezirksverbandes Osnabrück, 17.3.1920. Abgedruckt in: Helmut Lensing: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im Emsland und in der Grafschaft Bentheim und seine Auswirkungen. In: Emsländische Geschichte, Bd.5/1996, S. 45-104, hier: S. 70.

48 Eberhard Kolb: Gustav Stresemann. München 2003, S. 70.

49 Lothar Albertin: Die Auflösung der bürgerlichen Mitte und die Krise des parlamentarischen Systems von Weimar. In: Eberhard Kolb/Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik. München 1997, S. 59-111, hier S. 73.

50 Gustav Stresemann an Friedrich Dieckmann, 16.4.1920. PA-AA, NL Stresemann/213, Bl. 59.

51 Tagebuchnotiz von Stresemann, 19.4.1920. Ebd. NL Stresemann/142, Bl. 11.

52 Günther Franz: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949. Bremen 1957, S. 48.

53 Nationalliberale Correspondenz, Nr. 116, 25.5.1921.



## II.

Dieckmann fand eine neue Stelle am Niederrhein. Er wurde von der Berliner Parteileitung zum Generalsekretär des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West mit Sitz in Duisburg berufen. Stresemann dürfte ein Interesse daran gehabt haben, den Geschäftsführerposten am Niederrhein mit einem Vertrauten zu besetzen, da die größte Gruppe seiner innerparteilichen Gegner in den rheinisch-westfälischen Parteigliederungen beheimatet war, die starken Einfluss in der DVP besaß. „Er hatte sich bewährt“ – so die Einschätzung seines Sohnes – „und bekam von Stresemann eine besonders schwierige Aufgabe angetragen.“<sup>54</sup>

Während der Ruhrbesetzung hatte der DVP-Wahlkreisverband der Reichstagsfraktion die „dringendste Bitte“ übermittelt, „gegenüber den unerfüllbaren Forderungen der Entente fest zu bleiben“.<sup>55</sup> Die Präsenz der großen Truppenkontingente sowie die administrativen Maßnahmen der Besatzungsbehörden erschwerten das Leben in den besetzten Städten. Die politische Arbeit im niederrheinischen Wahlkreisverband, der Anfang der 1920er Jahre bei der Mitgliederstärke reichsweit an dritter Stelle rangierte,<sup>56</sup> war für Dieckmann unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung. Da er seit Ende 1921 eine Wochenschrift unter dem Namen ‚Die Rheinbrücke‘ herausgab, die von den belgischen Besatzungsbehörden nicht genehmigt worden war, wurde er im Sommer 1922 festgenommen und in einem belgischen Militärgefängnis inhaftiert. Nach drei Wochen kam Dieckmann durch die Zahlung einer Kaution, die sein Parteifreund, der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres hinterlegte, wieder auf freien Fuß.<sup>57</sup> Die Zeitung ‚Rheinbrücke‘ wurde verboten und musste ihr Erscheinen einstellen.<sup>58</sup>

Da die Kautionszahlung keineswegs Straffreiheit bedeutete, war nach Ansicht von Friedrich Dieckmann „die Gefährdung durch die belgische Besatzungsmacht [...] zweifellos der Grund für die Versetzung“ seines Vaters nach Ostachsen.<sup>59</sup> Die Verantwortlichen des ostsächsischen Wahlkreisverbandes hatten sich wegen der vakanten Stelle des Geschäftsführerpostens an Stresemann gewandt und ihn um einen Personalvorschlag gebeten. Der DVP-Vorsitzende, der seiner langjährigen Wahlheimat Dresden nach wie vor

54 Friedrich Dieckmann an den Verfasser. Brief vom 16.7.2018.

55 DVP-Nachrichtenblatt, Nr. 10, 10.3.1921.

56 Protokoll der Sitzung des Zentralvorstandes, 5.10.1920. Zit. nach: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933. Bearbeitet von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. Bd. 1: 1918 bis 1925. Düsseldorf 1999, S. 370.

57 Zierlewagen: Biographisches Lexikon (wie Anm. 12), S. 163 f.

58 Otto Most an Staatssekretär Brugger, 25.10.1922. BArch, Bestand Reichsministerium für die besetzten Gebiete, R 1601/1637, Bl. 2.

59 Friedrich Dieckmann an den Verfasser. Brief vom 16.7.2018.

eng verbunden war, teilte dem Leipziger Generalsekretär Arthur Frank vertraulich mit:

„Ich habe ihnen daraufhin Herrn Hanns Dieckmann genannt, der seinen Posten dort [in Duisburg, C.S.] aufgeben will. [...] Herr Dieckmann steht vollkommen auf dem Boden unserer Anschauungen [...]. Ich wäre Ihnen deshalb auch dankbar, wenn Sie bei evtl. Anfragen, die an Sie gerichtet würden, sich der Kandidatur Dieckmanns mit annehmen könnten.“<sup>60</sup>

Die Leitung des DVP-Wahlkreisverbandes Ostsachsen stimmte seiner Amtsübernahme als Generalsekretär einmütig zu, und Johannes Dieckmann zog im Oktober 1922 nach Dresden, das fast drei Jahrzehnte lang seine neue Heimat werden sollte.

### III.

Die Startbedingungen waren für die DVP in Sachsen keineswegs optimal gewesen. Bis auf die ostsächsische Region hatten sich Ende 1918 nahezu alle nationalliberalen Orts- und Kreisverbände der DDP angeschlossen.<sup>61</sup> Die DVP konnte sich aber rasch konsolidieren, auch wenn eine von ihr erhoffte Ablösung der sozialdemokratischen Regierungen, die man der „einseitigen Klassenherrschaft“<sup>62</sup> bezichtigte, zunächst auf sich warten ließ.

Im von den Folgen der Hyperinflation besonders stark betroffenen Sachsen kam es im Frühjahr 1923 zur Bildung einer von der KPD tolerierten sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Erich Zeigner.<sup>63</sup> Er verfolgte einen entschieden linksorientierten Kurs, der ihn auch in Gegensatz zur SPD-Führung im Reich brachte, die nach der Demission der Regierung Cuno im August 1923 mit drei Ministern in das Kabinett des neuen Reichskanzlers Gustav Stresemann eintrat.<sup>64</sup> Unvermittelt brachte der volksparteiliche sächsische Landtagsabgeordnete Rudolph Schneider bei einer Unterredung mit Stresemann die Möglichkeit einer solchen Großen Koalition auch in Dresden ins Spiel. Bei Schneiders Parteifreunden in Sachsen rief dieser Vorstoß jedoch großen Unmut hervor. Im Namen der drei sächsischen Wahlkreisverbände ließ Johannes Dieckmann den Reichskanzler

60 Gustav Stresemann an Arthur Frank, 4.10.1922. PA-AA, NL Stresemann/252, Bl.16 f.

61 Eberhard Schulz: Die Deutsche Volkspartei in Sachsen in den Jahren 1918 bis 1923. Dissertation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena 1971, S. 57.

62 Wahlauf Ruf der Deutschen Volkspartei zur Landtagswahl am 5.11.1922 in Sachsen. BArch, Bestand Hauptarchiv der NSDAP, NS 26/2009, o.BI.

63 Mike Schmeitzner: Erich Zeigner. Der Linkssozialist und die Einheitsfront (1923). In: Ders./Andreas Wagner (Hrsg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919-1952. Beucha 2006, S. 125-158, hier S. 133 ff.

64 Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 203 ff.; Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 216 ff.

wissen, dass eine Zusammenarbeit mit Zeigner „niemals“ möglich sein könne, da dieser zu den Kommunisten „in einer Art pathologischen Hörigkeitsverhältnisses zu stehen“ scheine.<sup>65</sup> Vom DVP-Fraktionsvorsitzenden Fritz Kaiser wurde im Sommer 1923 die Frage aufgeworfen, „ob wir als Staat Mitglied des Deutschen Reiches bleiben oder eine Filiale der russischen Sowjet-Macht werden.“<sup>66</sup> Vor allem der im Oktober erfolgte Eintritt von zwei Kommunisten in die Regierung und die Aufstellung paramilitärischer ‚proletarischer Hundertschaften‘ war für die bürgerlichen und rechtsstehenden politischen Kräfte als Zeichen für einen Umsturz gewertet worden. Nachdem sich Zeigner einem Ultimatum aus Berlin zur Kabinettsumbildung und Auflösung der Hundertschaften widersetzt hatte, leitete Stresemann eine Reichsexekution gegen Sachsen ein und ernannte am 29. Oktober den DVP-Politiker Rudolf Heinze zum Reichskommissar für den Freistaat Sachsen.<sup>67</sup> „Als solcher“ – so Dieckmann in einem 1931 veröffentlichten Nachruf – „löste Heinze die terroristische, [...] von Dr. Zeigner geführte sächsische Regierung auf, was [...] schließlich zur Beseitigung der roten Herrschaft in Sachsen führte.“<sup>68</sup> Die Umsturzpläne der KPD waren allerdings bereits im Vorfeld der Reichsexekution im Sande verlaufen.<sup>69</sup> Infolge der „Zerstörung des ‚linksrepublikanischen Projektes‘ in Sachsen“<sup>70</sup> verließen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder die Reichsregierung und Stresemann trat am 2. November 1923 als Reichskanzler zurück, blieb aber in den Folgekabinetten bis zu seinem Tode im Jahre 1929 Außenminister des Deutschen Reiches.

„Das Bestreben deutscher Außenpolitik“ – so formulierte es Johannes Dieckmann im November 1925 – „ist darauf gerichtet, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu lockern.“<sup>71</sup> Zu diesem Zweck, der auch einer inneren Konsolidierung der Republik dienen sollte, betrieb Stresemann seine „nationale Revisionspolitik als internationale Versöhnungspolitik.“<sup>72</sup> Erste

65 Johannes Dieckmann an Reichskanzler Gustav Stresemann, 24.8.1923. In: Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1: 13. August bis 6. Oktober 1923. Boppard 1978, S. 100.

66 Allgemeine Zeitung Chemnitz, 13.6.1923. Hauptstaatsarchiv Dresden (HStAD), Bestand Staatskanzlei/ Nachrichtenstelle, 10702/397, o.BI.

67 Schmeitzner: Erich Zeigner (wie Anm. 63), S. 141 f.; Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 224 ff.

68 Johannes Dieckmann: Rudolf Heinze. In: Karl Maßmann/Rudolf Paul Oswald (Hrsg.): VDSt – Fünfzig Jahre Arbeit für Volkstum und Staat. Berlin 1931, S. 61-65, hier S. 64.

69 Otto Wenzel: 1923 – die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution. Münster 2003, S. 175 ff.

70 Karl Heinrich Pohl: Die Zerstörung des „linksrepublikanischen Projektes“ in Sachsen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 7-8/2006, S. 442-455.

71 Rede Dieckmanns vor dem DVP-Ortsverein in Dresden. In: Sachsenstimme, Nr. 48, 29.11.1925, S. 3.

72 Karl Dietrich Erdmann: Gustav Stresemann. Sein Bild in der Geschichte. In: Historische Zeitschrift, Bd. 227 (1978), S. 599-616, hier S. 615.

Schritte waren im Jahre 1924 die Annahme des Dawes-Planes sowie 1925 der Locarno-Vertrag, der den Status quo der in Versailles festgelegten Westgrenze festschrieb. Die Deutschnationalen schieden nach dem Vertragsabschluss von Locarno aus der Regierung aus,<sup>73</sup> was Dieckmann als „unheilvollen Schritt“<sup>74</sup> kritisierte. Er hielt den Gegnern des Locarno-Pakts entgegen,

„die Deutsche Volkspartei und ihre Führer sind stets durch die Tat bestrebt gewesen, Deutschland seiner baldigen Befreiung näher zu bringen. Aber auch bei Verfolg[ung] dieses Ziels muss man sich auf den Boden der Realpolitik stellen und in der Gegenwart kann Deutschland die durch den Vertrag von Versailles um uns geschmiedeten Ketten nur allmählich abstreifen, nicht aber, wie das nur Utopisten glauben können, mit einem Male zersprengen.“<sup>75</sup>

Im Sommer 1926 riefen die sächsischen Wehrverbände – allen voran der Frontsoldatenbund Stahlhelm – anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl im Oktober zur Sammlung aller Nationalgesinnten in einem antimarxistischen Block auf. Sie forderten zudem die Fortführung dieses Blocks über die Wahlen hinaus und kündigten an, jeder bürgerlichen Partei, die eine Koalition mit der SPD schließe, die Unterstützung zu versagen.<sup>76</sup> In einem Brief an den sächsischen Stahlhelm-Landesführer Hans Brückner bemerkte Johannes Dieckmann, diese Forderung der Wehrverbände stelle „für die Deutsche Volkspartei eine Zumutung dar“ und werde „von ihr mit Entschiedenheit abgelehnt.“<sup>77</sup> Dennoch leitete der Landesvorstand Verhandlungen ein und verlautbarte, die nationale Sammlung werde trotz aller Schwierigkeiten gelingen. Die Scheu der sächsischen DVP, mit den Wehrverbänden zu ‚brechen‘, erzürnte den Parteivorsitzenden. Zwar begrüßte Stresemann Dieckmanns Brief an Brückner, missbilligte aber die Kompromisshaltung der sächsischen Parteifreunde, die seiner Ansicht nach in der Öffentlichkeit den Anschein erwecke, als hätte die DVP „einen Kotau vor den Wehrverbänden vollzogen.“ Stresemann machte deutlich:

„Wenn in Deutschland der Gedanke der Selbständigkeit der Partei aufgegeben werden sollte, so dass wir in Zukunft unsere Direktiven vom ‚Stahlhelm‘ vom ‚Werwolf‘ oder von antisemitischen Hetzbrüdern empfangen, oder mir zugemutet

73 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995, S. 452 ff.; Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 332 ff.;

74 Rede Dieckmanns bei einem DVP-Treffen in Riesa, 11.11.1925. In: Sachsenstimme, Nr. 46, 15.11.1925, S. 6.

75 Rede Dieckmanns bei einem DVP-Treffen in Dresden, 24.11.1925. In: Ebd., Nr. 48, 29.11.1925, S. 4.

76 Beide Aufrufe der sächsischen Wehrverbände sind abgedruckt in: Ebd., Nr. 17, 15.8.1926, S. 1.

77 Johannes Dieckmann an Oberst a.D. Hans Brückner, 5.8.1926. PA-AA, NL Stresemann/96, Bl. 2 ff.

würde, irgendwie das Zusammengehen beispielsweise mit den Völkischen persönlich zu billigen, so kann ich in einer solchen Partei nicht bleiben.“<sup>78</sup>

Unter Führung des Stahlhelms machten Vertreter der sächsischen Wehrverbände dennoch vor den Wahlen gegen die Deutsche Volkspartei mobil, was Dieckmann in einer öffentlichen Stellungnahme als „politische Instinklosigkeit“ bezeichnete.<sup>79</sup> Das Ergebnis der Landtagswahl am 31. Oktober 1926 bedeutete für die amtierende Regierung unter Ministerpräsident Max Heldt, der auch die DVP angehörte, eine herbe Niederlage. Dieckmanns Hinweis, dass die DVP „unter den alten bürgerlich-politischen Parteien ihren Besitzstand am besten gewahrt“ habe,<sup>80</sup> war ein schwacher Trost – auch die Anzahl ihrer Abgeordneten sank von 19 auf 12. Der Parlamentseinzug der Wirtschaftspartei führte zur Zersplitterung im bürgerlichen Lager und zu großen Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. Unter Einschluss der bürgerlichen Kräfte und der marginalisierten Altsozialdemokraten wurde deren Vertreter Heldt nach langwierigen Verhandlungen im Januar 1927 erneut zum Regierungschef gewählt.<sup>81</sup> Dennoch bezeichnete Dieckmann die Politik, „zu der unsere Fraktion in der Umgebung des neuen Landtags verurteilt ist“, als „wenig erfreulich“.<sup>82</sup> Seine Hoffnung, die DVP werde mit ihrer „Politik höchsten Verantwortungsbewusstseins [...] bei kommenden Wahlen zu dem großen alten Stamm ihrer getreuen Gefolgschaft in weiten anderen Kreisen der Wählerschaft neue Freunde gewinnen“,<sup>83</sup> sollte sich nicht erfüllen.

Bei der Reichstagswahl im Mai 1928 zählte die DVP gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien zu den Verlierern und musste in den traditionell starken sächsischen Wahlkreisen sogar die höchsten Verluste hinnehmen.<sup>84</sup> Die „Führungskrise in der DVP“<sup>85</sup> konnte Stresemann zu seinen Gunsten entscheiden und Ernst Scholz, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, als Exponenten des wirtschaftsnahen, eine Zusammenarbeit mit der SPD strikt ablehnenden rechten Parteiflügels in die Schranken weisen. Nach-

78 Gustav Stresemann an Johannes Dieckmann, 25.8.1926. In: Gustav Stresemann: Schriften, hrsg. von Arnold Hartung. Berlin 1976, S. 238 f.

79 Sachsenstimme, Nr. 22, 10.10.1926, S. 3.

80 Bericht Dieckmanns vor dem Ostsachsensitag der DVP im Juni 1927. In: Ebd., Nr. 23, 5.6.1927, S. 1.

81 Thomas Fischer: Max Heldt. Große Koalition und SPD-Spaltung (1924-29). In: Schmeitzner/Wagner (Hrsg.): Macht (wie Anm. 63), S. 182-219, hier S. 208 ff.

82 Johannes Dieckmann an Konrad Niethammer, 26.1.1927. Sächsisches Wirtschaftsarchiv, Leipzig (SWA), Bestand Kübler und Niethammer, U 47, Nr. 1412/5, o. Bl.

83 Bericht Dieckmanns vor dem Ostsachsensitag der DVP. In: Sachsenstimme, Nr. 5/6, 5.2.1928, S. 2.

84 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 482.

85 Eberhard Kolb: Führungskrise in der DVP. Gustav Stresemann im Kampf um die „Große Koalition“ 1928/29. In: Wolther von Kiesenitzky/Klaus Peter Sick (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays. München 1999, S. 202-227.

dem die Sozialdemokraten auch in Zeiten der Bürgerblock-Regierungen Stresemanns Außenpolitik im Stillen mitgetragen hatten, war der DVP-Vorsitzende der „entschiedenste Anwalt der Großen Koalition“,<sup>86</sup> die fortan unter dem SPD-Reichskanzler Hermann Müller die Geschäfte führte.

Den Eintritt in den Völkerbund 1926 und die Unterzeichnung des ‚Brand-Kellog-Pakts‘<sup>87</sup> würdigte Johannes Dieckmann und betonte, Deutschland werde „seinen Friedensweg“, auf dem es sein „nationales Daseinsrecht neu erkämpft“ habe, weitergehen und bekräftigte, das Festhalten an den Revisionszielen bedeute „keinen ‚machtpolitischen Rückfall‘ sondern ein einfaches nationales und sittliches Gebot.“ Seine Annahme, „der Gedanke, dass Deutschland einen Waffengang wagen müsse, ‚weil‘ es den des ersten Weltkriegs am letzten Ende verlor“, habe „im deutschen Volk keinen Raum“,<sup>88</sup> sollte sich jedoch als tragischer Irrtum erweisen.

#### IV.

Für die sächsische Landtagswahl im Jahre 1929 bekam Dieckmann einen aussichtsreichen Listenplatz seiner Partei. Nach dem Tod des langjährigen Wahlkreisverbandsvorsitzenden Rudolf Heinze sollte er nach dem Wunsch einiger Verbandsvertreter sogar dessen Nachfolge antreten, konnte sich letztlich aber in seiner Partei nicht durchsetzen. Zu seinen Gegnern zählte auch der Dresdener Reichstagsabgeordnete Rudolph Schneider, der Stresemann allerdings wissen ließ, „eine Landtagskandidatur für Dieckmann“ sei „wohl angebracht“, da dieser der bisher „ganz unzulänglichen Landtagsfraktion sehr nützlich sein“ werde.<sup>89</sup> Für Johannes Dieckmann war die „Schicksalsfrage“ dieser Wahl, ob Sachsen „weiter in Ruhe und Ordnung regiert werden oder ob es sich zu einer Musterkolonie sozialistisch-kommunistischer Experimente entwickeln“ wolle.<sup>90</sup> Seine Partei erhielt 13,5 Prozent der Stimmen und er zog mit zwölf weiteren Volksparteilern in den Sächsischen Landtag ein, dessen Zusammensetzung sich mit zehn Fraktionen weiter aufgesplittet hatte. Die Fortführung der bisherigen Koalition war nicht möglich, da auf die sie tragenden Parteien 45 Sitze, auf SPD und KPD zusammen 46 Sitze

86 Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 354.

87 Hildebrand: Das vergangene Reich (wie 73), S. 492 ff.; Wright: Stresemann (wie Anm. 30), S. 415 ff.

88 Johannes Dieckmann: Die Welt um Deutschland. In: Sachsenstimme, Nr. 35/36, 2.9.1928, S. 1.

89 Rudolph Schneider an Gustav Stresemann, 26.3.1929. PA-AA, NL Stresemann/104, Bl. 134.

90 Sachsenstimme, Nr. 13/14, 31.3.1929, S. 1.

entfielen. „Die Schlüsselstellung“ – wie Dieckmann bemerkte<sup>91</sup> – kam der NSDAP zu, die nun über fünf Mandate verfügte. Versuche der Sozialdemokraten, eine Große Koalition auszuloten, wurden von der DVP als stärkster bürgerlicher Kraft brüsk abgelehnt.<sup>92</sup> „Die Neigung zu solch einer Zusammenarbeit“ – so hatte die Volkspartei schon unmittelbar nach der Wahl erklärt – sei „gleich Null.“<sup>93</sup> Nachdem die Nationalsozialisten zu erkennen gegeben hatten, eine bürgerliche Regierung zu tolerieren, schlug die DVP ohne größeres Zögern ihren bisherigen Kultusminister Wilhelm Bünger für das Amt des Ministerpräsidenten vor, der schließlich am 25. Juni 1929 vom sächsischen Landtag gewählt wurde.<sup>94</sup> Im Folgejahr rechtfertigte Dieckmann die Tolerierung durch die NSDAP als „eine politische Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit.“<sup>95</sup>

Im Mittelpunkt der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929 stand der Young-Plan, der endgültig die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme festlegte, eine zeitlich begrenzte Dauer der Belastung bestimmte und eine vorzeitige Rheinlandräumung zusicherte.<sup>96</sup> Umgehend machten die Deutschnationalen gemeinsam mit dem Stahlhelm und der NSDAP dagegen mobil und versuchten, seine Annahme durch einen – letztlich nicht erfolgreichen – Volksentscheid zu verhindern. Dieckmann wandte sich öffentlich gegen das Referendum der nationalen Rechten und wurde daraufhin vom sächsischen Stahlhelmführer aufgefordert, den Wehrverband, dem er seit seiner Gründung 1918 angehörte, zu verlassen.<sup>97</sup> In einem offenen Brief an Stahlhelm-Bundesführer Franz Seldte kritisierte Dieckmann die Teilnahme des Frontsoldatenbundes am parteipolitischen Kampf und erklärte, die Mehrheit der Deutschen werde es „als ihre nationale Pflicht ansehen“, die Pläne der Referendums-Befürworter „zu bekämpfen.“<sup>98</sup> Im Landtag unterstrich er, seine Partei habe durchaus Zweifel an einzelnen Bestimmungen des Young-Planes, werde aber die Idee des Volksentscheids

91 Redebeitrag Dieckmanns in der Sitzung des DVP-Zentralvorstandes, 4.7.1930. BArch, R 45-II/346, Bl. 241.

92 Claus-Christian Szejnmann: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik. Leipzig 2000, S. 108.

93 Sachsenstimme, Nr. 21/22, 19.5.1929, S. 1.

94 André Thieme: Wilhelm Bünger. Regierung auf tönernen Füßen (1929/30). In: Schmeitzner/Wagner (Hrsg.): Macht (wie Anm. 63), S. 220-240, hier S. 232.

95 Redebeitrag Dieckmanns in der Sitzung des DVP-Zentralvorstandes, 4.7.1930. BArch, R 45-II/346, Bl. 241.

96 Hildebrand: Das vergangene Reich (wie 73), S. 499 ff.

97 Martin Hauffe an Johannes Dieckmann, 9.10.1929. BArch, Bestand Stahlhelm, N 72/108, Bl. 49.

98 Offener Brief von Johannes Dieckmann an Franz Seldte, 16.10.1929. In: Sachsenstimme, Nr. 43/44, 20.10.1929, S. 1 f.

„wegen seiner ganzen politischen Unmöglichkeit mit aller Entschiedenheit ablehnen.“<sup>99</sup>

Die heftige Reaktion hatte zweifellos mit dem Tod Gustav Stresemanns am 3. Oktober 1929 zu tun, hatte Dieckmann doch als „letzte[s] Ziel“ der nationalen Rechten und ihrer Agitation „die Beseitigung Dr. Stresemanns aus der verantwortlichen Machtposition in der Regierung des Reiches“<sup>100</sup> ausgemacht. Das Ableben seines Mentors traf Dieckmann hart. Seine in einem Nachruf geäußerte Zuversicht, der Deutschen Volkspartei werde „der tote Führer voranschreiten, wenn sie nun seinen Weg“ weitergehe,<sup>101</sup> stellte sich jedoch als allzu optimistisch heraus. Der Tod Gustav Stresemanns, der in Dresden auf einer öffentlichen Gedenkfeier der DVP von mehr als tausend Personen betrauert wurde,<sup>102</sup> „zerstörte das ohnehin fragile innerparteiliche Gleichgewicht“, da nun der stärkste Widerpart gegenüber dem rechtsnationalen, der Schwerindustrie nahestehenden Flügel entfiel.<sup>103</sup> Die Nachfolge Stresemanns in der Parteiführung trat der Fraktionsvorsitzende Ernst Scholz an. Unter seinem Vorsitz wurde es zunehmend schwieriger, einen Konsens in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Großen Koalition zu erreichen. Trotz erkennbarer Konzessionen seitens der SPD war die DVP nicht bereit, sozialpolitische Zugeständnisse zu machen und arbeitete gezielt auf eine „Sprengung des Kabinetts“ hin.<sup>104</sup> Am 27. März 1930 kam es zum Koalitionsbruch und zum Beginn der „Auflösungsphase der ersten deutschen Demokratie“.<sup>105</sup>

Auch Johannes Dieckmann hatte sich bereits im Sommer des Vorjahres zum Fürsprecher von Forderungen des Verbandes Sächsischer Industrieller gemacht, die einen Kompromiss in der Auseinandersetzung der Sozialpartner konsequent ablehnten.<sup>106</sup> Die Berliner Parteileitung ließ er wissen, dass die sächsische DVP „die Auffassungen unserer Freunde aus der Industrie“

99 Verhandlungen des Sächsischen Landtags, 4. Wahlperiode, 11. Sitzung, 23.10.1929, S. 361 (C).

100 Offener Brief von Johannes Dieckmann an Franz Seldte, 16.10.1929 (wie Anm. 98), S. 2.

101 „Dem toten Führer“. In: Sachsenstimme, Nr. 41/42, 6.10.1929, S. 1.

102 Vertraulicher Bericht über die politische Lage im Freistaat Sachsen, 25.11.1929. HStAD, Bestand Ministerium des Innern, Nr. 11126/3, o. Bl.

103 Ludwig Richter: „Der ausgleichende staatspolitische Moment des zu bildenden Kompromisses.“ Überlegungen zum politischen Weg Gustav Stresemanns und der Deutschen Volkspartei in der Weimarer Republik. In: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit. Göttingen 2002, S. 143-161, hier S. 148.

104 So Heinrich Brüning, vgl.: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer u. Udo Wengst. Bd. 1. Düsseldorf 1980, S. 63.

105 Winkler: Weimar (wie Anm. 44), S. 372.

106 Verband Sächsischer Industrieller an Johannes Dieckmann (Abschrift) o. D. BArch, R 45-II/178, Bl. 144.



teile, dass „jegliches Abweichen“ von dieser „klaren Linie [...] uns parteipolitisch schweren Schaden“ zufügen würde.<sup>107</sup>

Mit dem Sturz des Minderheitskabinetts unter dem DVP-Politiker Büniger war es bereits Anfang 1930 zu einer politischen Krise in Sachsen gekommen. Diejenigen Volksparteiler, die die von Teilen der traditionell linken sächsischen Sozialdemokratie signalisierte Koalitionsbereitschaft ausloten wollten, konnten sich gegenüber der vornehmlich jüngeren Gruppe, zu der auch Dieckmann gehörte, nicht durchsetzen.<sup>108</sup> Auf dem Mannheimer Reichsparteitag der DVP verbat sich Dieckmann Empfehlungen zur Zusammenarbeit mit der SPD, „die wir nicht gern annehmen [und] nicht brauchen.“<sup>109</sup> Die Regierung Büniger amtierte noch bis zum 6. Mai 1930, da dem Landtag erst dann die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten gelang. Auf Vorschlag der DVP führte fortan der bisherige Präsident des Landesrechnungshofes, Walther Schieck, mit einem reinen Beamtenkabinetts die Geschäfte. Die nach der erneuten Landtagsauflösung notwendig gewordene Parlamentswahl im Juni 1930 bedeutete für die zersplitterten bürgerlichen Parteien ein Fiasko. Sie verloren ihre Stimmen vornehmlich an die Nationalsozialisten, die ihre Abgeordnetenzahl von 5 auf 14 vergrößerten. Die Mandatszahl der DVP schrumpfte von 13 auf 8. Vor dem Landesvorstand seiner Partei führte Dieckmann, der seinen Abgeordnetensitz verloren hatte, die „schwere Schlappe“ vor allem auf die negative Wirkung der Finanzpolitik des Reiches zurück.<sup>110</sup> Im Reichsausschuss der Volkspartei betonte er zudem, dass es „unmöglich“ sei, gegen die Nationalsozialisten einen Wahlkampf zu führen, wenn im Nachbarland Thüringen die Deutsche Volkspartei mit der NSDAP in einer Regierung sitze.<sup>111</sup> Die Hoffnung der sächsischen Nationalsozialisten, nun auch in Dresden am Kabinetttisch zu sitzen, wurde enttäuscht. Denn da der Landtag unfähig war, eine parlamentarische Regierungsmehrheit zu bilden, blieb das Beamtenkabinetts unter Walther Schieck geschäftsführend im Amt – aufgrund der Tolerierung durch die sächsischen Sozialdemokraten sogar bis zur Parlamentsauflösung im März 1933.<sup>112</sup>

107 Johannes Dieckmann an die Reichsgeschäftsstelle der DVP, 27.8.1929. Ebd. Bl. 143.

108 Janosch Pastewska: Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik. Ostfildern 2018, S. 258.

109 Stenographische Niederschrift der Verhandlungen des 8. Parteitages der DVP in Mannheim, 22.3.1930. BArch, R 45-II/331, Bl. 275.

110 Sachsenstimme, Nr. 21/22, 6.7.1930, S. 2.

111 Protokoll der Sitzung des Reichsausschusses der DVP in Berlin, 3.7.1930. BArch, R 45-II/332, Bl. 221. Vgl.: Joachim Bergmann: Die innenpolitische Entwicklung Thüringens von 1918-1932. Lauf 2001, S. 244 ff.

112 Clemens Vollnhals: Der gespaltene Freistaat: Der Aufstieg der NSDAP in Sachsen. In: Ders. (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig 2002, S. 9-40, hier S. 27 f.; Andreas Wagner: Walther Schieck. Ministerpräsident der Krise (1930-33). In: Schmeitzner/ders. (Hrsg.): Macht (wie Anm. 63), S. 241-256, hier S. 246 ff.

Unmittelbar nach der Landtagswahl bereitete sich die DVP Sachsens auf die Reichstagswahl vor. Der Vertretertag des Wahlkreisverbandes wählte Dieckmann neben dem langjährigen Reichstagsabgeordneten Rudolph Schneider zum Spitzenkandidaten des Wahlkreises Dresden-Bautzen.<sup>113</sup> Die vom DVP-Vorsitzenden Scholz propagierte bürgerliche Sammlungsbewegung – von Dieckmann im Wahlkampf „Hindenburgfront“ genannt<sup>114</sup> – lief jedoch ins Leere. Der Stimmenanteil der DVP schrumpfte von 8,7 auf 4,5 Prozent und ihre Anzahl an Mandatsträgern verringerte sich von 45 auf 30,<sup>115</sup> während die Nationalsozialisten nach dieser „epochemachenden Wahl“<sup>116</sup> statt mit zwölf nun mit 107 Abgeordneten im Reichstag vertreten waren.

Das Verhältnis von Dieckmann und seiner Partei zur NSDAP war ambivalent. Auf der einen Seite forderte etwa das sächsische DVP-Organ „Sachsenstimme“ Ende 1929, „weitere Verheerungen durch den nationalsozialistischen Radikalismus zu verhüten“,<sup>117</sup> und auch Johannes Dieckmann kritisierte im Landtag bereits frühzeitig die „Katastrophenpolitik“ der Nationalsozialisten als „Politik der Verantwortungslosigkeit, der Aufhetzung und Verhetzung“, welche die „Bevölkerung [...] verführen“ und „Parlament und Regierung in die Arbeitsunfähigkeit hineintreiben“ wolle. Er sprach die Hoffnung aus, dass „sehr bald diese ganze Bewegung wieder in die Vergessenheit zurücksinken“ werde, „in die sie längst“ gehöre.<sup>118</sup> Auch unmittelbar vor den Septemberwahlen 1930 unterstrich Dieckmann, die Politik der „nationalen Rechten“ müsse „als unfruchtbar verurteilt werden.“<sup>119</sup> Dennoch wertete der sächsische Generalsekretär es als positives Zeichen, dass die nationalsozialistische Reichstagsfraktion sich bereit erklärte, den DVP-Parteivorsitzenden Scholz bei seiner Wahl zum Reichspräsidenten gegen den SPD-Kandidaten Paul Löbe zu unterstützen. Damit habe sie „ein Beispiel parteipolitischer Selbstüberwindung gegeben und die politische Vernunft über die ihrer Agitation siegen lassen.“ Somit sei „die Frage nach der Möglichkeit einer [...] politisch-taktischen Zusammenarbeit“ zwischen NSDAP und DVP „von den Nationalsozialisten bejahend beantwortet worden.“

113 Bericht über die Tagung des DVP-Wahlkreisverbandes Ostsachsen, 17.8.1930. BArch, R 45-II/179, Bl. 180.

114 Johannes Dieckmann: Die Hindenburgfront im Wahlkampf. In: Sachsenstimme, Nr. 27/28, 10.8.1930, S. 1.

115 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 651 ff.

116 Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Bonn 2008, S. 419.

117 Sachsenstimme Nr. 49, 1.12.1929, S. 1.

118 Verhandlungen des Sächsischen Landtags, 4. Wahlperiode, 39. Sitzung, 20.5.1930, S. 1456 (A-B).

119 Rede bei einer DVP-Kundgebung in Dresden am 4.9.1930. In: Sachsenstimme, Nr. 31/32, 7.9.1930, S. 2.

Dieckmann bekräftigte die Notwendigkeit, dass „das ganze antimarxistische Deutschland“ zusammenstehen müsse.<sup>120</sup>

Flankiert durch die Ende September 1930 einmütig vom sächsischen Landesvorstand und der Landtagsfraktion erhobene Forderung: „Los von der Sozialdemokratie!“,<sup>121</sup> distanzierte sich die sächsische DVP im November von ihrem Fraktionsvorsitzenden Bernhard Blüher, der es abgelehnt hatte, die Wahl des nationalsozialistischen Kandidaten Kunz zum Landtagspräsidenten zu unterstützen. Bei der Kampfabstimmung zwischen dem letztlich siegreichen SPD-Kandidaten und dem NSDAP-Vertreter, den Blüher als „einen ihrer übelsten Agitatoren“ bezeichnete,<sup>122</sup> hatte der Fraktionsvorsitzende die sächsischen Mandatsträger der DVP darauf ein schwören können, ungültige Stimmzettel abzugeben.<sup>123</sup> Unmittelbar nach der Präsidentenwahl fand daraufhin im geschäftsführenden DVP-Ausschuss Ost Sachsens eine Besprechung statt, die – so Blüher –, „der Generalsekretär Dieckmann veranlasst hatte und die das Verhalten der Fraktion missbilligte“ und „für politisch untragbar“ erklärte.<sup>124</sup> „Dieser Vorgang“, so ließ etwa das Organ des Jungdeutschen Ordens verlauten, „wurde von der starken Opposition gegen Blüher, die von [...] Dieckmann geführt wird, zum entscheidenden Schlag gegen Blüher ausgenutzt.“<sup>125</sup> Der Unmut im Landesvorstand über den Fraktionschef war so groß, dass er der Aufforderung, sein Landtagsmandat niederzulegen, umgehend nachkam. Obwohl Dieckmann keineswegs als alleiniger Opponent gegen Blüher auftrat, profitierte er als Nachrücker von dessen Mandatsverzicht. Der sächsische DVP-Landesvorstand stand hinter Dieckmann und bekräftigte einmütig, dass seine Haltung in der Präsidentenwahl „ausschließlich durch sachliche und von der Rücksicht auf das Wohl der Partei diktierte Beweggründe bestimmt worden“ sei.<sup>126</sup> Er gehörte fortan „zu den profiliertesten Vertretern der DVP“<sup>127</sup> im Parlament und sprach im Plenum vor allem zu Fragen der Wirtschafts- und Bildungspolitik.

Ende November 1930 löste der Reichstagsabgeordnete und hessische Landesvorsitzende Eduard Dingeldey den glücklos agierenden Ernst Scholz

120 Johannes Dieckmann: Klare Fronten. In: Ebd., Nr. 37/38, 19.10.1930, S. 2.

121 Beschluss des Landesvorstands und der Landtagsfraktion der DVP Sachsens, 30.9.1930. In: Ebd., Nr. 35/36, 5.10.1930, S. 3.

122 Bernhard Blüher an Konrad Niethammer, 28.11.1930; SWA, Bestand U 47, Nr. 1477/2, o. Bl.

123 Pastewska: Koalitionen statt Klassenkampf (wie Anm. 108), S. 273 ff.

124 Bernhard Blüher an Konrad Niethammer, 28.11.1930; SWA, Bestand U 47, Nr. 1477/2, o. Bl.

125 Unruhe in Sachsens DVP. In: Der Jungdeutsche, Nr. 272, 21.11.1930. BArch, Bestand Deutsche Arbeitsfront/Zentralbüro, NS 5-VI/700, o. Bl.

126 Beschluss des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP Ost Sachsens, 22.11.1930. In: Sachsenstimme, Nr. 43/44, 7.12.1930, S. 5.

127 Zeidler: Justiz und Politik (wie Anm. 11), S. 102.

als DVP-Vorsitzenden ab.<sup>128</sup> Dieser werde – so Dieckmann vor Vertretern des Dresdener Ortsvereins –, „die Politik der Befreiung von den Fesseln von Versailles“ fortsetzen und weiterhin alles tun, „was geeignet erscheine, sozialistischen Einflüssen im Reich und in den Ländern entgegenzuwirken.“<sup>129</sup>

Dem Präsidialkabinett Heinrich Brünings entzog die DVP im Oktober 1931 die Unterstützung, da der Kanzler sich nach Dieckmanns Worten weigerte, seine Politik auf jene „breite Basis zu stellen, die die nationale und wirtschaftliche Not unseres Volkes gebieterisch fordere.“<sup>130</sup> Diese erstmals seit 1923 wieder eingenommene Oppositionsrolle war ein „Wendepunkt in der Geschichte der Partei“, da fortan alle Bemühungen um eine Sammlung der Mitte obsolet waren und die Abgrenzung zu den Deutschnationalen „zunehmend unschärfer“ wurde.<sup>131</sup> Obwohl Dingeldey ein engeres Zusammenwirken beider Parteien Ende 1931 noch als „geradezu verhängnisvoll“ bezeichnet hatte,<sup>132</sup> ging die DVP zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 sogar eine Listenverbindung mit der DNVP ein, was Austritte auf dem gemäßigten Parteiflügel zur Folge hatte. Der Wahlausgang machte offenkundig, dass die DVP nur noch den Status einer Splitterpartei mit lediglich sieben Abgeordneten besaß, von denen Rudolph Schneider aus dem Wahlkreis Ostachsen das einzige Direktmandat gewann. Auch nach der Novemberwahl 1932 hielt trotz eines leichten Stimmenzuwachses die Agonie der Partei weiter an. Dieckmanns Annahme, das Wahlergebnis sei Ausweis einer „allmählichen Wiedererstarkung des nationalen Liberalismus“,<sup>133</sup> sollte sich als allzu optimistisch erweisen. Auch der Versuch, „als politische Hilfstruppe“<sup>134</sup> vorbehaltlos das Präsidialkabinett Kurt von Schleichers zu unterstützen und somit Bedeutung zurückzugewinnen, lief aufgrund von dessen kurzer Amtszeit ins Leere. „Fast unbemerkt“ – so Karl Dietrich Bracher –, „verschwand der ehemals so stattliche deutsche Liberalismus.“<sup>135</sup>

128 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 676 ff.

129 Sachsenstimme, Nr. 43/44, 7.12.1930, S. 6.

130 Rede Dieckmanns vor Vertretern der DVP in Radebeul. In: Erneuerung, Nr. 10/36, 5.12.1931, Beilage.

131 Ludwig Richter: National-Liberalismus, Nationalsozialismus und die Krise der Weimarer Republik. Zur innerparteilichen Diskussion in der Deutschen Volkspartei 1929-1933. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 107-133, hier S. 122.

132 Eduard Dingeldey an Erich von Gilsa, 16.11.1931. Zit. nach: Hans Fenske: Eduard Dingeldey – Liberaler in schwerer Zeit. In: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 2001, S. 189-230, hier S. 203.

133 „Abgeordneter Dieckmann zur Lage“. In: Erneuerung, Nr. 51, 17.12.1932, Beilage.

134 Hans Booms: Die Deutsche Volkspartei. In: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1984, S. 522-539, hier S. 533.

135 Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. 7. Aufl. Berlin 1997, S. 324.

Zu den Regierungsverhandlungen, die Ende Januar 1933 zur Bildung des Kabinetts der ‚Nationalen Konzentration‘ unter Adolf Hitler führten, wurden Politiker der DVP entgegen den eigenen Erwartungen nicht hinzugezogen. Trotz dieser Enttäuschung betonte Dingeldey vor dem Reichsausschuss, dass die DVP „als nationale Partei [...] der neuen Regierung nicht mit grundsätzlicher Opposition begegnen“ werde.<sup>136</sup> Auch Johannes Dieckmann erklärte auf dem Vertretertag der ostsächsischen DVP für seine Partei die „Bereitschaft zur positiven Mitarbeit“, forderte aber ein Ende des „politischen Terror[s]“, damit Deutschland „aus dem Zustand des latenten Bürgerkriegs“ herauskomme.<sup>137</sup>

Die Versuche der DVP-Führung, im bevorstehenden Reichstagswahlkampf in die von den Deutschnationalen dominierte ‚Kampffront Schwarz-Weiß-Rot‘ eingebunden zu werden, waren letztlich vergeblich. Die Deutsche Volkspartei schloss sich daraufhin mit dem protestantischen Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei zu einem ‚christlich-nationalen Wahlblock‘ zusammen. Nach Ansicht Dieckmanns sollte dieses Bündnis „von entscheidender Bedeutung“ für die Mehrheit der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg werden.<sup>138</sup> „Wir wollen ja gerade deswegen das nationalliberale Bürgertum künftig an der Regierung beteiligen“, ließ er den thüringischen DVP-Landesvorsitzenden wissen, „weil wir diesen Einfluss auf die Regierung zur Korrektur des bisher Geschehenen und für die Gestaltung der künftigen Regierungsarbeit für ganz und gar notwendig halten.“<sup>139</sup> Im vom nationalsozialistischem Terror begleiteten Wahlkampf war die DVP aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen auf verlorenem Posten und sah sich selbst in ihrer Hochburg Ostsachsen nahezu „außerstande, auch nur die allernotwendigsten Propagandamaßnahmen [...] durchzuführen.“<sup>140</sup> Auch wurde Dieckmann, der zwar aus taktischen Erwägungen für eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der NSDAP offen war, aus seiner grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus aber ebenfalls nie einen Hehl gemacht hatte, von den sächsischen Hitler-Anhängern scharf angegriffen. Sie zählten ihn „zu den unsympathischsten Erscheinungen des Liberalismus“ und prophezeiten ihm das Ende seiner politischen Tätigkeit, da auch in Sach-

136 Sitzung des DVP-Reichsausschusses, 5.2.1933. Zit. nach: Nationalliberalismus (wie Anm. 56), S. 1250.

137 Pressemitteilung des DVP-Wahlkreisverbandes Ostsachsen, 12.2.1933. BArch, R 45-II/181, Bl. 64.

138 Johannes Dieckmann: Mobilmachung der nationalbürgerlichen Reserven durch den christlich-nationalen Wahlblock, 22.3.1933 (Artikelmanuskript). Ebd., Bl. 55 f.

139 Johannes Dieckmann an Franz Kammerzell, 2.3.1933 (Abschrift). Ebd., Nachlass Eduard Dingeldey, N 1002/120, Bl. 11.

140 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 17.2.1933. Ebd., Bl. 7.

sen „die nationale Erhebung unter nationalsozialistischer Führung nicht mehr lange auf sich warten“ lasse. Daran könne „auch ein Stresemann im Westentaschenformat nichts ändern.“<sup>141</sup>

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurde für die DVP zum Fiasko. Mit nur 1,1 Prozent der Stimmen erhielt sie lediglich zwei Mandate, die an den Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten des ostsächsischen Wahlkreises, Ernst Dingeldey, und an seinen Stellvertreter Otto Hugo gingen. Der Wahlausgang hatte zahlreiche Parteiaustritte zur Folge und stellte die Verantwortlichen vor die Frage der Aufrechterhaltung der Organisation. Dieckmann hoffte, dass der Mandatsgewinn in Ostsachsen „das weitere Bestehen [...] der Gesamtpartei“ sichern möge,<sup>142</sup> und widersprach energisch der Forderung Otto Hugos nach Auflösung der DVP und ihres geschlossenen Übertritts zur NSDAP.<sup>143</sup> Unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung der Parteiführung ließ Dieckmann den Vorsitzenden wissen, dass „in Dresden und Ostsachsen nicht die geringste Neigung“ bestehe, „die Partei aufzulösen“, sondern vielmehr „ihr Fortbestehen [...] zu erkämpfen“. Seine Prognose, dass es „keineswegs ausgemacht“ sei, „dass sich im Zentralvorstand eine Mehrheit für die Auflösung findet“,<sup>144</sup> bewahrheitete sich. Am 23. April 1933 folgte der Zentralvorstand der DVP dem Votum Dingeldeys und beschloss mit knapper Mehrheit die Fortführung der Parteiarbeit.<sup>145</sup> In einem Rundschreiben erklärte Dieckmann: „Die Deutsche Volkspartei bleibt bestehen als ein Bestandteil der großen nationalen Bewegung, zur loyalen Mitarbeit stets bereit, sich ihres eigenen Wertes aber wohl bewusst.“<sup>146</sup> Der Beschluss stieß innerparteilich auf Kritik. Der Leipziger Generalsekretär Arthur Frank bemerkte, man hätte die Vorstandssitzung besser dazu benutzt, „die Partei in einer würdigen Schlussfeier zur Liquidation zu bringen, als den krampfhaften Bemühungen des Herrn Dieckmann zu folgen, und etwas künstlich am Leben zu erhalten suchen, was innerlich von Tag zu Tag weiter zerbröckelt.“<sup>147</sup> Nach Auflösung der Organisationseinheiten im Verband Chemnitz-Zwickau bemerkte das sächsische NSDAP-Organ, die Öffentlichkeit vermisse noch „die fehlende Todesanzeige des Wahlkreisverbandes Ostsachsen“ und führte im gehässigen Ton aus, man werde „den Verdacht nicht los, dass Herr Dieckmann [...] im Interesse seines Landtagsmandats diesen lebenden

141 Der Freiheitskampf. Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen, Nr. 49, 27.2.1933, S. 4.

142 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 6.3.1933. BArch, N 1002/120, Bl. 14.

143 Ralf Stremmel: Otto Hugo (1878-1942). Ein Nationalliberaler als Grenzgänger zwischen Politik und Wirtschaft. In: Geschichte im Westen, Bd. 2005, S. 7-22, hier S. 13 ff.

144 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 20.4.1933. BArch, N 1002/120, Bl. 18.

145 Richter: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 17), S. 809 f.

146 Johannes Dieckmann an die Mitglieder des DVP-Ortsvereins Dresden, 25.4.1933. BArch, R 45-II/181, Bl. 35.

147 Arthur Frank an Eduard Dingeldey, 4.5.1933. Ebd., R 45-II/186, Bl. 44.

Leichnam konservieren möchte und somit eine längst in Konkurs gegangene Firma“ weiterbetreibe.<sup>148</sup>

Die Versuche, die Volkspartei im Rahmen einer ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ in ihrem nationalliberalen Kern zu erhalten, waren letztlich vergeblich. Nach der Selbstauflösung der DNVP drängten Ende Juni auch die beiden letzten noch existierenden Wahlkreisverbände Hessen-Darmstadt und Ostsachsen den Vorsitzenden, die unverzügliche Liquidation der Partei vorzunehmen, um staatlichen Zwangsmaßnahmen vorzukommen.<sup>149</sup> Am 4. Juli 1933 erklärte Eduard Dingeldey schließlich die Auflösung der Deutschen Volkspartei.<sup>150</sup> In einem drei Tage später verfassten Schreiben an Hitler versicherte er, dass die Mitglieder und Wähler der bisherigen DVP „in verantwortungsfreudigem Bewusstsein und selbstverständlicher Loyalität an der Größe und Freiheit des Vaterlandes mitarbeiten werden“.<sup>151</sup> Johannes Dieckmann und der stellvertretende Landtagspräsident Hugo Hickmann überbrachten dem sächsischen Innenminister Karl Fritsch am 4. Juli persönlich den Auflösungsbeschluss ihrer Partei,<sup>152</sup> begleitet von hämischen Kommentaren der sächsischen NSDAP, Dieckmanns Tätigkeit im Landtag sei eine „fortlaufende Provokation“ der nationalsozialistischen Fraktion gewesen und die DVP sterbe nun „in verdienter Kläglichkeit“.<sup>153</sup>

Ende Juli teilte Dieckmann Eduard Dingeldey mit, dass das Dresdener Parteibüro „in einigen wenigen Tagen [...] endgültig geschlossen“ werde und somit „das Leben der Partei hier seinen Abschluss“ finde.<sup>154</sup> Am 8. August 1933 verabschiedete er sich mit einem „letzten ‚amtlichen‘ Schreiben“ von seinen Berliner Kollegen der DVP-Reichsgeschäftsstelle.<sup>155</sup>

## VI.

Während der nationalsozialistischen Diktatur verweigerte sich Johannes Dieckmann den neuen Machthabern und nahm kein politisches Amt an. Durch seine Verbindungen zur Wirtschaft fand er eine Beschäftigung beim Kohलगroßhändler-Verband Ostsachsen, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach zweijähriger Militärzeit übernahm er die Leitung der

148 Der Freiheitskampf. Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen, Nr. 103, 4.5.1933, S. 4.

149 Booms: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 134), S. 537.

150 Auflösungserklärung der DVP, 4.7.1933. Abgedruckt in: Nationalliberalismus (wie Anm. 56), S. 1259.

151 Eduard Dingeldey an Adolf Hitler, 7.7.1933. BArch, Bestand Reichskanzlei, R 43-I/2656, Bl. 152.

152 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 8.7.1933. Ebd., N 1002/120, Bl. 90.

153 Der Freiheitskampf. Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen, Nr. 154, 5.7.1933, S. 2.

154 Johannes Dieckmann an Eduard Dingeldey, 31.7.1933. BArch, N 1002/120, Bl. 94.

155 Johannes Dieckmann an Gustav Wittig, 8.8.1933. Ebd., R 45-II/181, Bl. 19.

sächsischen Geschäftsstelle des Oberschlesischen Steinkohlesyndikats.<sup>156</sup> Eine aktive Widerstandstätigkeit ist bei ihm nicht nachweisbar. Gleichwohl geriet er, nachdem mit Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Wilhelm Dieckmann zwei seiner Vetter am Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesen und hingerichtet worden waren, in das „Visier der Gestapo.“<sup>157</sup>

Nach „langem Zögern und mit viel Selbstüberwindung“ wurde er im Sommer 1945 aus „vaterländische[r] Pflicht“ wieder politisch aktiv.<sup>158</sup> Die Grauen der NS-Diktatur und des Krieges, aber auch die Erfahrungen des Niedergangs der ersten deutschen Demokratie führten bei Dieckmann zu einem radikalen Umdenken. In der Rückschau bemerkte er, mit dem Ende der Weimarer Republik habe „die Bourgeoisie in Deutschland für immer ihren Führungsanspruch verloren“.<sup>159</sup> Dieckmann war der Überzeugung, „dass jeder Versuch einer Wiederanknüpfung an 1933 endgültig in die politische Irre führen“ müsse.<sup>160</sup> „Wir alle haben ja“ – betonte er im ersten Nachkriegssommer –, „wo immer wir [...] in den Jahren 1919-33 gestanden haben, schwere politische Fehler gemacht und schwere politische Unterlassungen begangen.“<sup>161</sup> Ein Jahr vor seinem Tod bemerkte er, die führenden Männer der neugegründeten LDPD, die aus den ehemaligen Weimarer Parteien kamen, hätten in ihrer Mehrheit viel schneller die Lehren aus der Geschichte gezogen, „vielleicht auch deshalb, weil manche von Ihnen ‚weiter rechts‘ gestanden hatten als die ‚alten Demokraten‘ [ehemalige linksliberale DDP-Vertreter, C.S.] und sich deshalb stärker mitverantwortlich fühlten für die irreparablen Fehler der Weimarer Republik.“<sup>162</sup> Auch wenn es in der DDR nicht opportun war, hielt er an der Bewunderung für Gustav Stresemann fest. Der LDPD – so bekräftigte Dieckmann – bedeute dessen Name und Werk „weiterhin eine hohe Verpflichtung“.<sup>163</sup> Noch Anfang der 1960er Jahre gab die SED-Führung die Anweisung, dass eine Replik Dieckmanns auf einen Artikel des Historikers und ‚Weimar‘-Experten Wolfgang Ruge über Stresemann „auf keinen Fall veröffentlicht“ werden dürfe.<sup>164</sup> Dieckmann hatte der nega-

156 Frölich: Dieckmann (wie Anm. 11), S. 61; Zeidler: Justiz und Politik (wie Anm. 11), S. 106 f.

157 Friedrich Dieckmann: Stunde Null im Erzgebirge. Eine Kindheitserinnerung. In: Sinn und Form, 6 (2015), S. 81-826, hier S. 817.

158 Johannes Dieckmann an Herrn Direktor Frantz, 12.7.1945. ADL, LN 4-79, Bl. 10.

159 Dieckmann: Aus meinem Leben (wie Anm. 15), S. 15.

160 „An der Wende der Zeit. Ein Nachwort zum 7. November 1945“, Artikel-Manuskript von Johannes Dieckmann, 19.11.1945. BArch, N 2500/126, Bl. 72.

161 „Demokratische Existenz heute.“ Vortrag von Johannes Dieckmann auf der ersten Mitgliederversammlung der LDP in Dresden, 6.8.1945. Ebd., N 2500/94, Bl. 19 f.

162 Johannes Dieckmann: Der Kampf um die politische Klarheit in der LDPD, 5.1.1968. BArch, Erinnerungsbericht Johannes Dieckmann, SgY 30/1458, Bl. 36.

163 „In memoriam Gustav Stresemann“, Artikel-Manuskript von Johannes Dieckmann, o. D. Privatarchiv Friedrich Dieckmann, NL Dieckmann.

164 SED-Hausmitteilung Peter Florin an Walter Ulbricht, 22.6.1961 (Kopie). Ebd.



tiven ‚offiziellen‘ Darstellung seine Sicht der Dinge entgegengehalten und betont: „Meine Quelle ist mein näheres und darum besseres Wissen um Dr. Stresemann und um die Grundlinien seiner Politik.“<sup>165</sup>

Nach Gründung der DVP war Dieckmann seinem Mentor auf dessen Weg vom Monarchisten zum Vernunftrepublikaner gefolgt, nach Stresemanns Tod zählte er allerdings mit zu denjenigen Volksparteilern, die eine Zusammenarbeit mit den republikbejahenden Kräften, vor allem mit der SPD, konsequent ablehnten. Aus taktischen Gründen war er vielmehr bereit, die NSDAP, deren Programm und Politikstil er persönlich ablehnte, in einen ‚antimarxistischen Block‘ einzubinden. Im Gegensatz zu zahlreichen Parteifreunden lehnte Dieckmann 1933 jedoch ein Aufgehen der DVP in der NS-Bewegung entschieden ab und pochte als einer der letzten Nationalliberalen auf die Eigenständigkeit der Volkspartei.

Dass er nach 1945, wenn auch „selbst keineswegs völlig frei von inneren Anfechtungen“,<sup>166</sup> die Liberaldemokraten mit auf den Weg in den real existierenden Sozialismus geführt und mit seiner parteipolitischen Vergangenheit gebrochen hatte, machte Dieckmann am 12. Jahrestag der LDPD-Gründung noch einmal besonders deutlich:

„Wir wissen alle, dass es liberal-demokratische Parteien gegeben hat, die sich sogar in ihrem Parteinamen als Parteien des ganzen Volkes – ‚Volkspartei‘ – bezeichnet haben. [...] Wir heutigen Liberaldemokraten [erheben] nicht den unglaubwürdigen und politisch fehlerhaften Anspruch, eine Partei ‚des ganzen Volkes‘ zu sein.“<sup>167</sup>

In einem Nachruf in der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ hieß es, Dieckmann sei zweifellos „ein Parteigänger Ulbrichts“ gewesen, „sein Vasall war er nie.“<sup>168</sup> Dieser gewisse „Grad an Nonkonformismus“ war der SED zwar „ein Dorn im Auge“, wurde aber nicht unterbunden, um die Eigenständigkeit der LDPD zu demonstrieren.<sup>169</sup>

165 Johannes Dieckmann an Herrn Eckelt, 9.6.1961 (Abschrift). Ebd.

166 Tobias Dürr: „Hochburg der Demokratie“ zwischen Weimarer Republik und Einheitssozialismus: Liberal-demokratisches Millieu in Zittau? In: Jahrbuch zur 10 (1998), S 33-54, hier S. 34.

167 Manuskript der Festansprache von Johannes Dieckmann in Weimar anlässlich des 12. Jahrestages der LDPD-Gründung, 5.7.1957. Privatchiv Friedrich Dieckmann, NL Dieckmann.

168 Johannes Dieckmann. Parteigänger Ulbrichts, aber mit eigenen Ideen. In: Die Zeit, 28.2.1968. <https://www.zeit.de/1969/09/johannes-dieckmann> (Zugriff am 2.5.2019).

169 Jürgen Frölich: Die LDPD 1945–1990. Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 125–140, hier S. 127; ders.: Dieckmann (wie Anm. 11), S. 70.

Johannes Dieckmanns Lebensweg durch die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts führte ihn vom Funktionär der nationalliberalen DVP, der antisozialistischen Partei par excellence,<sup>170</sup> zum Parlamentspräsidenten des ‚ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden‘ und in letzter Konsequenz loyalen Bündnispartner der SED.

170 In Anlehnung an Wolfgang Hartenstein, der die DVP als „die nichtproletarische Partei par excellence“ bezeichnet hat. Hartenstein: Anfänge (wie Anm. 16), S. 251.